

Liebesgrüße aus Gütersloh

Eine unsachlich-polemische Meinungsäußerung

MATTHIAS BURCHARDT

I. Wandel oder Transformation?

Spätestens seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts können auffällige Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft beobachtet werden: Politik, Kultur, Medien, Gesundheitswesen, Sozialsysteme, Landwirtschaft, Wirtschaft, Strafvollzug, Polizei, Kirchen, Familien und natürlich das Bildungswesen zeigen in Strukturen, Prozessen, Sprachspielen, Deutungen und Bewertungen ein gänzlich anderes Gesicht. Der vollzogene Wandel wurde in der politischen Rhetorik durch Begriffe wie ›Reform‹ oder ›Modernisierung‹ ausgewiesen. Als Legitimation wurde – post-lyotard – die große Erzählung der ›Globalisierung‹ bemüht, Vokabeln wie ›Zukunftsfähigkeit‹ erzeugten Anpassungsdruck und Thatchers TINA-Doktrin (There is no alternative!) gewann unausgesprochen Allgemeingültigkeit. Wie wenig diese Modernisierungsprozesse tatsächlich zur Ermöglichung von Zukunft beigetragen haben, zeigt sich an den diversen Krisen, die einerseits Folge der genannten Maßnahmen sind und gleichzeitig als Argumente für weitere ›alternativlose‹ Reformen herangezogen werden: ökologische Krise, Klimakrise, Überschuldungskrise, Energiekrise, Wasserkrise, Krise der Sozialsysteme, Bildungskrise, Finanzkrise, Euro-Krise, Demokratiekrise, Kulturinfarkt usw.

Die theoretische Aufarbeitung dieser Phänomene von Wissenschaftlern entzündet sich meist an einem persönlichen Unbehagen im konkreten Lebensumfeld, stößt dann aber zwangsläufig auf größere Zusammenhänge, die sich durchaus plausibel mit dem methodischen Instrumentarium der Fächer (von Diskursanalyse bis zur Dekonstruktion) erkenntnisreich auflösen lassen. In Ergänzung zu diesen Versuchen soll in diesem Beitrag der Fokus auf die Ebene der Akteure gelegt werden, nicht zuletzt um vielleicht auch die präfigurierenden Hinterlassenschaften der ›Postmoderne‹, um die es im Übrigen merkwürdig still geworden ist, einer Prüfung zu unterziehen. Dabei sollen die diskursive Betrachtung und die rekonstruktive Aufdeckung der Aktivitäten und Akteure nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in einen produktiven Zusammenhang gebracht werden: Diskurse bilden den Resonanzboden für Modernisierungsakte, qualifizieren oder disqualifizieren Sprecher und Akteure, bilden einen ›mainstream‹ an Denk-, Sprech- und Verhaltensweisen und fungieren deshalb als institutionalisiertes und präinstitutionelles Machtdispositiv. Akteure, seien es konkrete Personen, politische Funktionsträger, internationale Organisationen, nationale Stiftungen, think-tanks oder Geheimdienste, sind aber nicht nur als Produkte anonymer Diskurse zu betrachten, sondern auch – und vielleicht sogar vornehmlich – als explizite oder anonymisierte Produzenten derselben. In gewisser Hinsicht bedeutet es nach dem lautstark apostrophierten Tod des Subjekts einen Tabubruch,

in dieser Form über die Krise der Demokratie zu sprechen, scheint der Zugang über Aktivitäten und Verlautbarungen doch möglicherweise in theoretischer Hinsicht unterkomplex zu sein, so dass man ihn schnell mit dem selbst nicht mehr rechtfertigungsbedürftigen Schlagwort der ›Verschwörungstheorie‹ diskursiv als nicht wahrheitsfähig oder gar diskussionswürdig qualifiziert! Die Möglichkeit, eine faktische Verschwörungspraxis mit den Mitteln der Aufklärung ans Licht zu bringen, scheint damit per se als illegitim. Cui bono?

Tatsächlich besteht die Gefahr, dass man die Möglichkeiten der Akteure überschätzt und allzu viele Effekte auf das Wirken einzelner Einflussspieler zurückführt. Deshalb möchte ich, wenn ich im Folgenden den Beitrag der Bertelsmann Stiftung zur globalen Entdemokratisierung nachvollziehe, darauf hinweisen, dass es natürlich viele weitere – teilweise eng miteinander verflochtene – Akteure und Organisationen gibt, die unabhängig voneinander oder konzertiert, konvergierend oder widerstrebend im Rücken der demokratischen Öffentlichkeit die gesellschaftliche Wirklichkeit nach Maßgabe von Partikularinteressen gestalten. Gleichwohl ist die Bertelsmann Stiftung nicht nur irgendein x-beliebiger Akteur, der für eine exemplarische Untersuchung besonders geeignet wäre, sondern auch ein besonders wirkmächtiger, dessen Praktiken und Strategien einer besonderen öffentlichen Aufmerksamkeit bedürfen.

Mit der Verlagerung der Betrachtungshinsicht auf die Akteursebene ergibt sich nämlich auch eine Präzisierung in der Beschreibung der Prozesse. Untersucht man die oben angesprochenen Veränderungen der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse unter der Voraussetzung von Einflussnahme interessierter Organisationen und Personen, sind die Vorgänge mit Ausdrücken wie ›sozialer Wandel‹ oder ›Globalisierung‹ nur unzureichend beschrieben, wenn nicht sogar verschleiert. Treffender ist es – unter der genannten Voraussetzung – von gezielten Transformationen zu sprechen. Auch dies mag, ähnlich wie die Behauptung von einflussnehmenden Akteuren, eine Provokation sein, wird doch unterstellt, dass weder der blinde Zufall, noch eine unsichtbare Hand des Marktes, geschweige denn die dialektische Geschichte selbst bemüht werden müssen, um die Transformationsvorgänge zu rekonstruieren. Der Blick fällt vielmehr auf das Arsenal von Durchsetzungsstrategien in Form von ›soft governance‹ oder ›new governance‹, die gleichsam Mittel der Transformation und intendiertes Modell künftiger politischer Wirklichkeit sein sollen (vgl. hierzu auch den Beitrag von Jochen Krautz in diesem Band). Auch in dieser Hinsicht ist eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung ausgesprochen aufschlussreich, da sie nicht nur versucht, innerhalb einer bestehenden politischen Kultur konkrete Interessen zu verwirklichen, sondern die Semantik und Grammatik der demokratischen Artikulation in toto umzuschreiben. Sanfter und zugleich wirksamer als direkte Intervention, die einen adressierbaren Gegner zur Erscheinung brächte, ist das Regieren durch die vermeintliche Selbstregierung der Regierten, die allesamt zu Modellinsassen eines Regimes unternehmerischer Selbstführung unterworfen worden sind (vgl. Bröckling 2007). Während in anderen Ländern Medienmacht und Staatsamt in Personalunion vollzogen werden, kann man den Eindruck gewin-

nen, dass die Bertelsmann Stiftung in aller Ruhe regieren lässt, solange ihre Diskurs-hoheit mit den Mitteln der Propaganda gewährleistet ist.

II. Liebe öffnet Herzen

Unter dem Titel ›Liebe öffnet Herzen‹ erscheint 2001 ein kleines Büchlein von Liz Mohn, Gattin des Bertelsmann-Patriarchen Reinhard Mohn, in dem sie als Frau, Mutter und Unternehmerin zu den wesentlichen Fragen der Zeit Stellung bezieht. Die Verlagsankündigung fasst zusammen:

›An der Schwelle einer ›Zeitenwende‹, die von Internationalisierung und Globalisierung geprägt ist, fragt sie: Kann die Menschheit ohne Liebe überleben? Mit großer Sorge beobachtet sie zunehmende Orientierungs- und Lieblosigkeit, Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Vereinsamung in unserer Gesellschaft. Warmherzig setzt sie ihr Plädoyer für die Liebe dagegen: Liebe macht sehend und einsehend, sie respektiert die Grenzen des anderen, sie gibt großzügig Trost und Hilfe, ohne an den eigenen Nutzen zu denken.« (http://www.randomhouse.de/content/edition/excerpts/021_00367_964.pdf)

Und tatsächlich könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Bertelsmann Stiftung überall dort zur Stelle ist, wo Gesellschaft und Politik mit der ›Zeitenwende‹ überfordert sind und dankbar die Vorschläge und das Engagement der Stiftung in Empfang nehmen. So würdigt der damalige EKD-Ratsvorsitzende Huber den 2009 verstorbenen Reinhard Mohn mit den Worten:

›Reinhard Mohn hat wie wenige andere zeit seines Lebens die Tugenden des ›ehrbaren Kaufmanns‹ und damit verantwortungsvolles Unternehmertum verkörpert, das von christlichen Werten geleitet ist. ›Eigentum verpflichtet‹ – dieser Überzeugung war und blieb er treu, so wie er einen ›Leistungsbeitrag für die Gesellschaft‹ zu den unabdingbaren Zielen seines Unternehmens zählte. Die von ihm gegründete und lange Jahre geführte Bertelsmann Stiftung setzt dies um, indem sie Erträge des Unternehmens in gemeinwohlorientierte Projekte investiert.« (http://www.ekd.de/presse/pm238_2009_rv_zum_tod_mohn.html)

Es verwundert auch nicht weiter, dass etwa die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft (SPD), gemeinsam mit der Stiftung das Programm ›Kein Kind zurücklassen‹ als Schlüsselprojekt von Sozial- und Bildungspolitik auf den Weg gebracht hat. Parallelen in Titel und Konzept zu George W. Bushs ›No child left behind‹ scheinen für die Sozialdemokraten kein Hinderungsgrund zu sein, der sie von einer Zusammenarbeit mit dem mächtigen privaten Akteur abhalten könnte. Auch die Schulministerin Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) hat keine Bedenken einen Vertrag mit der Stiftung zu schließen, in dem die Lehrerfortbildung konzeptuell der Stiftung übertragen wird, während das Land die Mittel und Durchsetzungshierarchien zur Verfügung stellt. (http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-BBCC76D8-5C68E2A4/bst/xcms_bst_dms_34483_34484_2.pdf)

Doch nicht nur auf der Landesebene ist die Stiftung ein gern gesehener Partner: Bundeskanzlerin Merkel, EU-Kommissionspräsident Barroso und viele andere internationale Politiker, Vertreter aus Medien, Wirtschaft und Kultur, geben sich ein Stelldichein, wenn die Stiftung in ihre ›Botschaft‹ Unter den Linden in der Nähe des Brandenburger Tores ruft. Nicht zuletzt feierte der amtierende Bundespräsident Joachim Gauck 2010 seinen 70. Geburtstag in Gesellschaft von Liz Mohn und Angela Merkel in der noblen Repräsentanz. Damit soll nicht suggeriert werden, dass Gauck seine Präsidentschaft dem medialen Einfluss der Stiftung verdankt, denn dann würde man die Rolle des Springer-Konzerns unterbewerten.

Ein wenig diskreter ist man auch in den wichtigen transnationalen Dominanz-Achsen präsent: American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), Atlantikbrücke, Council on Foreign Relations (CFR), European Round Table of Industrialists (ERT), Transatlantic Community Foundation Network (TCFN), Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Club of Rome, ...

Man arbeitet auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund, EU) mit allen etablierten Parteien (außer der Linken) zusammen, kooperiert mit Unternehmen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, anderen Stiftungen und think-tanks. Ob diese offensichtliche Überparteilichkeit allerdings bedeutet, dass die Stiftung unparteiisch ist, darf bezweifelt werden. Als operative Stiftung fördert sie nämlich nur Projekte, die sie selbst angestoßen hat. Da die Bertelsmann AG zu 76,9% der Stiftung gehört, entstehen mitunter Interessenkonflikte zwischen der Gemeinnützigkeit (Steuerbegünstigung) und dem Unternehmensinteresse, zumal das Engagement der Stiftung in den Geschäftsfeldern der AG besonders ausgeprägt zu sein scheint.

Dem eigenen Selbstverständnis zufolge fühlt man sich nicht an bestimmte politische Akteure gebunden, sondern sucht Partner in allen Lagern:

»Gemeinsam mit Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen will die Stiftung frühzeitig Herausforderungen und Probleme unseres Gemeinwohls identifizieren sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickeln und verwirklichen.

Sie versteht sich damit als ›Motor‹, der notwendige Reformen initiiert und voranbringt. Als wissensbasierte Organisation will sie einen lebendigen Dialog zu den politischen Reformthemen unserer Zeit auslösen und die politischen Entscheidungsträger beraten.

In ihrer Projektarbeit folgt die Bertelsmann Stiftung der Überzeugung des Stifters Reinhard Mohn, dass die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können.« (<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-C89062D3-C87BB221/bst/hs.xsl/2083.htm>)

Die versammelten Hochglanzvokabeln ›notwendige Reformen‹, ›lebendigen Dialog auslösen‹, ›Beratung‹, ›unternehmerisches Handeln‹, ›Zukunftsfähigkeit‹ evozieren Kompetenz und Engagement, verdecken aber demokratietheoretische und -praktische Friktionen, die zunächst nur in Rückfragen angedeutet werden können:

1. Wer entscheidet, welche Reformen notwendig sind und wie sie ausfallen sollen?

2. Wie lebendig ist ein Dialog, der von einer privaten Stiftung getriggert wird?
3. Wo verlaufen die Grenzen von legitimer Politikberatung, Lobbyismus und Entdemokratisierung politischer Gestaltungsmacht?
4. Mit welchem Recht wird die ökonomische Regionalpraxis des Unternehmerischen als Modell universeller gesellschaftlicher Handlungen, Denkformen und Organisationsmodelle auch auf Bereiche außerhalb der Wirtschaft ausgedehnt (Kirche, Politik, Religion, Kultur, Sport, Familie, Wissenschaft)?
5. Reduziert das Kriterium der Zukunftsfähigkeit nicht politische Gestaltung zu einer Anpassungsreaktion auf Sachzwänge? Wer hat die Hoheit über die Kriterien der Zukunftsfähigkeit?

III. Demokratie 2.0 oder Entdemokratisierung?

Die Bertelsmann Stiftung ist allerdings nicht nur Gegenstand demokratietheoretischer Reflexionen, sondern auch Urheber von parawissenschaftlichen Diskursen über Demokratie. Über das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) an der LMU München erarbeitet die Stiftung Analysen und Politikstrategien, die sich explizit mit der Spannung von Demokratie und antidemokratischen Reformbestrebungen beschäftigen:

»Die anhaltende Reformdiskussion in Deutschland verweist auf Defizite des Regierungshandelns. Effizientes Regieren wird in der Verhandlungs-, Koalitions- und Parteiendemokratie zunehmend schwieriger. Formale und informale Machtressourcen, aber auch Vetospieler und Blockadepotentiale stehen hier deshalb im Mittelpunkt des Interesses.« (<http://www.cap-lmu.de/projekte/fgd/regieren.php>)

Mit dem ökonomischen Kriterium der Effizienz wird klammheimlich eine systematische Zäsur im Politikverständnis etabliert: Während die Güte der politischen Kultur ehemals zumindest dem Anspruch nach im Vollzug der demokratischen Abwägungen, Diskussionen, Kompromissbildung, Berücksichtigung der Interessengruppen und Minderheitenpositionen gesehen wurde, erscheinen diese Elemente gelebter Demokratie plötzlich als Hindernisse gegen ein reformerisches Durchregieren. »Democracy is messy!« (Donald Rumsfeld). Meinungsvielfalt verkommt von einem Faktum – oder sogar hohen Gut – pluraler Gesellschaften zu einem Effizienzhemmnis. Das demokratische Recht von Akteuren, den propagierten Modernisierungsbestrebungen ein wohlbegründetes »Nein!« entgegenzusetzen und für eine andere Weise gesellschaftlichen Lebens und politischer Kultur einzutreten, wird als ungebührliche Blockadehaltung dargestellt. Effizienz fragt also nicht nach der demokratischen Qualität, sondern nach dem Preis, der für den erzielten Nutzen zu entrichten ist. Die immanente Optimierungsrationalität des Effizienzdenkens sucht entsprechend nach einer Minimierung der demokratischen Reibungsverluste – was allerdings einer Minimierung der Demokratie gleichkommt.

Die Bertelsmann Stiftung liefert hierzu nicht nur die Analyse, sondern auch die Blaupause für ein Reformieren, das die Kulissen der Demokratie stehen lässt und auch die politische Folklore wie Wahlen, Parlamentsdebatten und Skandalrücktritte nicht antastet, wohl aber die Gestaltungsmacht dem verfassungsmäßigen Souverän und seinen ermächtigten Repräsentanten aus der Hand nimmt. Unter dem Motto: »Mehr Strategie wagen« verabschiedet man den von Willy Brandt formulierten Anspruch »Mehr Demokratie wagen« und propagiert »Die Kunst des Reformierens« (Rüb et al. 2009). Strategisches Reformieren vollzieht sich in drei Schritten:

1. Agenda-Setting
2. Entscheidungsphase
3. Implementierung

Im ersten Schritt geht es darum, ein Thema auf die öffentliche und politische Agenda zu setzen. Tatsächlich gibt es viele brennende Probleme, die es Wert wären, auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Macht besteht nach dem Strategiekonzept schon in der Eroberung der Agenda. Die Bertelsmann Stiftung beherrscht das Agenda-Setting perfekt: Über Studien oder inszenierte Anlässe wie z.B. die berühmte Ruck-Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog nistet man sich in Themen ein, die einen gewissen Skandalisierungswert haben (Inklusion, Patientenrechte, Armut, Migration, Kita-Plätze usw.) und erzeugt ein Klima, das der Politik und Öffentlichkeit akuten Handlungsbedarf suggeriert. Damit beim Agenda-Setting allerdings nicht versehentlich diejenigen zu Wort kommen, die es wirklich betrifft, muss man für eine »Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen« (ebd., S. 7) sorgen.

Der zweite Schritt nutzt die öffentliche Aufregung und führt den politischen Prozess einer Entscheidung zu. Damit der demokratische Schein gewahrt bleibt, die Entscheidung aber trotzdem so ausfällt, wie es die Reformer wünschen, müssen Gegner neutralisiert werden. Die Reformfibel rät:

»Policy-Designs, die gezielt die Schwächung der internen Kohärenz von potenziellen Vetospielern bzw. von starken Interessengruppen anpeilen, begünstigen Reformen.« (Ebd., S. 65)

Über das alte Prinzip »divide et impera« werden Interessenvertreter gegeneinander ausgespielt, so dass man Entscheidungen durchsetzen kann, obwohl eine Mehrheit dagegen ist, diese Mehrheit aber durch Vereinzelung daran gehindert wird, zueinander zu finden.

Der letzte Reformschritt ist wiederum sensibel: Die Implementierung. Hier treffen der partikulare Reformwille und das papierene Konzept auf Menschen in Einrichtungen, die am Gelingen ihrer Arbeit interessiert sind. Diese Menschen wurden in den ersten beiden Schritten systematisch ausgeschlossen oder gegeneinander ausgespielt und sollen nun mit erheblichem Aufwand etwas ins Werk setzen, wovon sie nicht unbedingt überzeugt sind. Zu diesem Zweck gibt es die internen Verfahren des Akzeptanzmanagements oder der instrumentellen Nutzung von Gremien zur nachträglichen Legitimation sachzwanghafter Modernisierung. Akzeptanz schafft man

durch Identifikationsattrappen, die den Beteiligten suggerieren, dass ihre wesentlichen Anliegen, wenn auch in leicht veränderter Form, nun endlich zur Geltung kommen. Gremien haben seit der Modernisierungswelle eine vornehmlich operativ-instrumentelle Funktion: Ich selbst habe beispielsweise an einer Schulung des Centers für Hochschulentwicklung (CHE) teilgenommen, bei der Führungskräfte der Universitäten darin unterrichtet wurden, wie man gewünschte Gremienentscheidungen herbeiführt – natürlich unter Wahrung des demokratischen Scheins. Schon die Zusammensetzung der Gremien beruht auf einem Schlüssel, der einerseits Mehrheiten garantieren soll, andererseits die Verlierer und Kritiker der Reform insofern einbezieht, dass sie zwar zu Wort kommen, aber keine Gestaltungsmacht entfalten können. Partizipation bedeutet allerdings nur noch, die Implementierung ausführen zu müssen; Kritik ist erwünscht, insofern diese innerhalb des Reformrahmens Optimierungen vornimmt, eine Abstimmung über den Reformrahmen selbst oder eine wirkliche Gestaltungsmacht wird den Beteiligten nicht zugestanden. Das Geheimnis der Partizipationsökonomie besteht darin, dass man einerseits auf die Beteiligten als Ressource angewiesen ist, andererseits aber vermeiden muss, dass sie den Prozess selbst verhindern oder maßgeblich gestalten. Hilfreich ist es in diesem Zusammenhang auch immer, wenn man eingespielte Strukturen zerschlägt und ein Klima von Konkurrenz und gegenseitigem Misstrauen schafft. Es gibt hier ein breites Arsenal von Führungstechniken, wie z.B. das Change-Management, das sich der Erkenntnisse der Gruppensteuerung Kurt Lewins bedient.

Flankiert wird der strategische Reform-Dreischritt durch öffentliche und interne Reformkommunikation, das ehrlichere Wort wäre: Propaganda. Gebetsmühlenartig werden Slogans und Buzzwords wiederholt, damit die Involvierten nicht zur Besinnung kommen. Es werden Debatten angestoßen und gelenkt, Kritiker diskreditiert, Standards und Modelle diskursiv etabliert, Begriffe besetzt, um den Reformdruck aufrecht zu erhalten (vgl. Ruck-Rede, Kulturinfarktdebatte usw.). In der Bertelsmannschrift nicht ausgewiesen, aber offensichtlich diesem Feld zugehörig: Die Strategie der Dekategorisierung. Während der Begriff der ›Bildung‹ terminologisch zwar auch in der Pädagogischen Disziplin eine produktive Unschärfe wahren musste, war es jedoch in Sache und Bedeutung klar, dass ›Bildung‹ von Betreuung, Pflege, Erziehung, Ausbildung, Verwahrung, Drill, Gehirnwäsche oder Coaching zu unterscheiden war. Dank der Dekategorisierung qua Reformkommunikation werden parapädagogische Trivialpraxen durch die Aura des historischen Monumentaltitels geadelt, während Kritiker ihrer Sprache beraubt werden.

Eine weitere Flankierungsmaßnahme ist die Schaffung von strategischen Querschnittszentren (Steuergruppen, task-forces), die oft ohne nachvollziehbare Legitimation ›seitlich‹ in die bestehenden Hierarchien intervenieren können und damit Verfahrenssicherheit außer Kraft setzen, Unklarheiten über mögliche Appellationsinstanzen schaffen, Zuständigkeiten wie Hütchenspieler hin und her schieben können.

Es dürfte in der Summe deutlich geworden sein, wie durch derlei Strategie der demokratische corpus viral besiedelt und umprogrammiert wird. Eine abenteuerliche

Exegese des Grundgesetzes oder schlichtweg eine antidemokratische Haltung fassen die Verfasser der Strategieschrift zusammen:

»Um ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Regierung sich im Zweifelsfall auch gegen den empirischen und kontingenten Volkswillen durchsetzen. Politische Entscheidungen, die der gegebenen Mehrheitsmeinung entgegenstehen, sind nur auf den ersten Blick demokratietheoretisch bedenklich.« (Ebd., S. 24)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die genannten Strategien dienen nicht der machiavellistischen Ermächtigung der Politiker, denn auch diese sind in der Perspektive der Stiftung keine gestaltungsfähigen Akteure, sondern lediglich Erfüllungsgehilfen der marktinduzierten Sachzwänge. Dies wird deutlich bei den Rankings des Sustainable Governance Indicators (SGI), durch den die Stiftung die Regierungseffizienz von Staaten evaluiert. Grundsätzlich dienen Evaluationen nicht dazu, Phänomene der Wirklichkeit zu erfassen, sondern auf die Gestaltung der Wirklichkeit normierend einzuwirken. Sie sind kein Erkenntnisinstrument, sondern ein Herrschaftsinstrument. Der SGI misst nach eigenen Angaben »den Reformbedarf der Demokratie« (<http://de.sgi-network.org>), modelliert aber unterschwellig politisches Handeln als Management und den Staat als Unternehmen (siehe: Dekategorisierung). Z.B. werden Regierungen in Bezug auf die Frage beurteilt: »Werden Regierungsstrukturen angemessen und effektiv an inter- und supranationale Entwicklungen angepasst?« (A.a.O.)

D.h. die Funktion der Regierenden besteht im Vollzug einer Anpassungsleistung, der politische Gestaltungsanspruch wird entsprechend reaktiv verkürzt, Bezugspunkt ist nicht der Wille des Souveräns, sondern der extern produzierte Reformzwang. Vor diesem Hintergrund wird auch die zunehmende Indifferenz der Parteien nachvollziehbar. In letzter Konsequenz handelt es sich nur noch um konkurrierende Teams, die allein darum wetteifern, wer als Wahlsieger die Sachzwangreformen exekutieren darf. Das Aufblühen einer Partei ohne Überzeugungen, die von kybernetischen Prozeduren lebt, wie etwa die Piratenpartei, ist in diesem Zusammenhang nur konsequent.

Zusammenfassend: In den zitierten Dokumenten zeigt sich eine antidemokratische Grundhaltung, die durch semantische Umkodierungen und clandestine Strategien die politische Macht und ihre Artikulationsformen, wie sie vom Grundgesetz vorgesehen waren, in die Hände einer Steuerungselite überführt, die sich keiner Wahl stellen muss oder einem gewählten Gremium Rechenschaft schuldet. Finanziert werden diese Aktivitäten aus Steuermitteln, die letztendlich dem Gemeinwesen entzogen sind. Fiele die Steuerbegünstigung der Stiftung weg, könnte der Staat die vermeintlichen Wohltaten der Stiftung selbst vollbringen und hätte für seine Aktivitäten sogar eine demokratische Legitimation bzw. unterstände einer demokratischen Kontrolle.

Wie breit das Engagement der Stiftung aufgefächert ist, kann in einem kurzen Panorama nur umrissen werden:

Rankings zur Kommunalen Verwaltung (KiK), Einführung der doppelten Buchführung (Doppik, NKF – Bemerkenswerte Kooperation mit dem DGB) und des New Public Managements (NPM) in Kommunen, Bertelsmanntransaktionsindex, EU-Verfassung, Militarisierung europäischer Außenpolitik, gemeinsam mit McKinsey: Arbeitsmarktreformen (Hartz 4, Umbau der Job-Center), Privatisierungspolitik im Kongo, Verschärfung des Urheberrechts zum Wohle der Rechteinhaber (DRM, Digitales Rechte-Management), Rechtschreibreform, Gesundheitspolitik von der Daseinsvorsorge zur Marktförderung (Gesetzgebung, Gesundheitskarte, Rhönkliniken), Hochschulpolitik (CHE, Einfluss auf das Hochschulfreiheitsgesetz NRW), Schulpolitik (Selbständige Schule), Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) – Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR), Ökonomisierung der Kirchen (Religionsmonitor) und ganz aktuell die Debatte um die Kommodifizierung von Kultur anlässlich eines vermeintlichen Kulturinfarktes (vgl. Burchardt, <http://bildung-wissen.eu/kommentare/der-angriff-der-neoliberalen-auf-die-kulturforderung-der-offentlichen-hand.html>; Quellen: Böckelmann 2007, Schuler 2010 und die Internetseiten der Bertelsmann Stiftung).

Bildhaft gesprochen ist es wie beim Hase-und-Igel-Spiel: In jeder Ackerfurche findet sich ein Bertelsmann – das gilt einerseits für die Aktivitäten der Stiftung, die sich in jedem relevanten Politikfeld gestaltend platziert, und andererseits auch für konkrete Personen: Manch sympathischer Talkshowgast entpuppt sich nach einer kleinen Recherche als Bertelsmannbotschafter, und auch Schlüsselpositionen in Ministerien auf Landes- und Bundesebene sind bisweilen mit Mitarbeitern besetzt, die ihre Kenntnisse, Fertigkeiten und Gesinnung bei den Bertelsmännern erworben haben.

PRAXISTIP: Sollte Ihnen ein Konzept oder ein Akteur in den Medien oder in Ihrem beruflichen Umfeld bedenklich erscheinen, ›googeln‹ Sie nur zum Spaß den betreffenden Namen und fügen Sie im Suchfeld ›Bertelsmann‹ hinzu. Sie werden sicher einige spannende Ergebnisse erzielen.

IV. Organisierte Dialoge

Nun ist durch verschiedene Ereignisse die Frage nach der Demokratie explizit ins öffentliche Bewusstsein gerückt: Insbesondere die Finanzkrise und der sog. ›Arabische Frühling‹ machten auch das Unbehagen an Demokratieverlusten in Europa offenkundig. In Spanien beispielsweise entstand 2011 die Bewegung ¡Democracia Real Ya! und Movimiento 15-M. Unter dem Namen ›Echte Demokratie jetzt!‹ sammelten sich auch in Deutschland Aktivisten, das Thema Demokratie wurde jedoch ebenso wie der Slogan durch die ›Occupy-Bewegung‹ verdrängt und auf eine Bankenkritik reduziert. Über die Sozialbewegung in Chile und die Studentenproteste in Canada wird medial wenig berichtet, gleichwohl finden sich auch hier Forderungen nach mehr Demokratie, die über konkrete Anliegen hinausgehen. In Deutschland flammte die Diskussion um mehr Demokratie vor allem im Umfeld des Großprojektes ›Stuttgart 21‹ (S21) auf. Die Aktivisten wurden als ›Wutbürger‹ und auch vom jetzigen Bundespräsidenten Gauck als ›Vorgarten-Schützer‹ diffamiert (Gauck: Die Antikapi-

talismusdebatte ist unsäglich albern. Vgl. <http://www.ptext.de/nachrichten/joachim-gauck-antikapitalismusdebatte-unsaeglich-albern-255813>). Zwar konnte die Bewegung ihr politisches Ziel nicht durchsetzen, aber doch die Frage nach der Demokratie auch in Deutschland auf die Tagesordnung bringen. Denn entgegen der propagandistischen Zuweisung der Wutbürgerschaft und des Partikularinteressenprotestes, war das Engagement differenziert, reflektiert und am Gemeinwohl interessiert, wie sich an vielen Publikationen (z.B. Schorlau 2010) und den beiden großen Demokratiekongressen belegen lässt (<http://www.demokratie-kongress21.de>).

Interessant für die Rolle der Bertelsmann Stiftung ist eine Anekdote, die mir von S21-Aktivistinnen berichtet wurde: Eines Tages stand ein Team von Stylisten, Fotografen und Seniorenmodellen am Bauzaun und inszenierte Engagement und Protest. Auf Nachfrage gaben die Personen an, im Auftrag der Stiftung Bilder zum Thema ›Bürgerengagement‹ und ›Teilhabe‹ zu machen. Was auf den ersten Blick nach Wertschätzung für Sache und Form des Stuttgarter Protestes aussieht, entpuppt sich auf den zweiten Blick als perfide Vereinnahmung und Kanalisierung der Bewegung für eigene Zwecke. Dies wird vor allem deutlich, wenn man die programmatische Schrift ›Organisierte Dialoge als Strategie‹ hinzuzieht (http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32258_32259_2.pdf), die scheinbar auf das wachsende Unbehagen der Bürger infolge mangelnder Beteiligung reagiert:

»Konkret erscheint die Regierungspolitik in den Augen der Bevölkerung häufig zu reaktiv und an kurzfristigen Zielen orientiert. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist auch darauf zurück zu führen, dass geänderten Partizipationsbedürfnissen der Bevölkerung nicht genügend Rechnung getragen wird; insbesondere die tradierte politische Beteiligung über Wahlen und/ oder Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden ist stark rückläufig. Mittlerweile bevorzugen viele Deutsche spontane und auch temporäre Mitwirkung an konkreten politischen Projekten, bei denen die jeweiligen Themen im Mittelpunkt stehen.« (Ebd., S. 7)

Schon der Begriff der ›Beteiligung‹ verschleierte die verfassungsmäßige Rolle des Volkes (vgl. Dekategorisierung), dem man Ermächtigung durch ›Beteiligung‹ vorgaukelte, während es als der eigentliche Souverän in Wahrheit an den Katzentisch der Macht gesetzt wird (vgl. Burchardt 2010). Eine ähnliche Funktion haben sog. ›Bürgerhaushalte‹, die teilweise in Kommunen eingerichtet wurden. Die als Emanzipation eingeräumte Möglichkeit, auf dieses Budget ›direkt‹ zuzugreifen, verschleierte, dass im Grunde der gesamte Haushalt der Bürgerhaushalt ist!

Doch welches Politikverständnis liegt den ›organisierten Dialogen‹ zugrunde?

»Diese Metapher der Demokratie als ein Rezept für Problemlösung durch strukturierte, möglichst zugängliche, inklusive, dominanzarme und zweck- oder outcome-orientierte Beteiligung buchstabiert die Idee der kleinen organisierten Dialoge in den Großbuchstaben der Demokratie. Demokratiepoltik in diesem Sinne ist Politik, die dialogische Beteiligung an den kollektiven Problemlösungen der Demokratie ermöglicht.« (Ebd., S. 164)

Schaut man hinter die Fassade der Neo-Sprech-Imponierkabeln (›inklusive‹, ›dominanzarm‹ usf.), erweist sich eine geschickte Vereinnahmung des Dialogbegriffs und eine Verschiebung der politischen Koordinaten im Demokratieverständnis: Der demokratische Diskurs lebt von der Ereignishaftigkeit tatsächlicher Dialoge, eine strategische Organisation dagegen erstickt die Unverfügbarkeit des Gesprächs und wirft die Frage auf, wessen Strategie verfolgt wird und wem die Organisation dienen soll. Wesentliches strategisches Element ist der Moderator oder Verfahrensgestalter, der scheinbar nur als Medium oder Katalysator des Prozesses fungiert, in Wahrheit aber das Verfahrenstokroy durchsetzt und dadurch explizit oder implizit Machtwalter der Strategen ist. In einem wirklich demokratischen Diskurs herrscht das Gleichheitsprinzip der Beteiligten, und die Gesprächspartner fungieren nicht nur in einer Verfahrensschablone, sondern können im Gespräch selbst auch die Gesprächsform zur Disposition stellen. Seltsam ist auch die Formulierung der ›Demokratiepolitik‹, so als wäre ›Demokratie‹ nur ein Feld oder Mittel des Politischen, die Macht selbst aber dem Demokratischen nicht verpflichtet. Tatsächlich ist ›Demokratiepolitik‹ eine Demokratieökonomie, eine wohldosierte Nutzung demokratischer Sozialformen zum Zwecke von ›outcome-orientierten‹ ›Problemlösungen‹ (vgl. Effizienzkriterium und SGI). Die Zuspitzung auf Problemlösungen und Ergebnisorientierung funktionalisiert die Demokratie als nachgelagertes Potential flexibler Bewältigungsreaktionen auf externe Sachzwänge. Eine offensive Gestaltung oder Veränderung der Verhältnisse, aus denen die vermeintlichen Sachzwänge erwachsen, ist nicht vorgesehen. Zieht man die Kategorien der *vita activa*, so wie sie bei Hannah Arendt unterschieden werden (vgl. Arendt 1992), gehört das Bertelsmann-Konzept der Demokratie in das Feld des Herstellens und ist insofern unpolitisch, als es den Menschen nicht als handelnde Person zur Erscheinung bringt. Dem instrumentellen Demokratieverständnis entspricht nämlich auch eine Instrumentalisierung der Bürger:

»Zivilgesellschaftliche Akteure verfügen zunehmend über politikrelevantes Wissen. Seitens der Regierungsakteure gilt es, diese dezentralen Wissensressourcen für eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Politikgestaltung verstärkt auszuschnöpfen.« (Gohl 2010, S. 7f)

Der – dem verfassungsmäßigen Anspruch nach – souveräne Bürger wird zur ausschöpfbaren Problemlösungsressource herabgestuft. Erfahrungsberichte aus Aachen, wo die Bertelsmann Stiftung bei der Gestaltung der Städteregion und des Bildungsbüros sehr aktiv ist, zeigen, wie elegant und zugleich zynisch-manipulativ der Bertelsmann-Moderator in organisierten Dialogen als strategischer Durchsetzungs- und Ressourcenerschließungsagent funktionierte.

V. Gefährdet die Bertelsmann Stiftung Demokratie und Frieden?

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Stiftung gründet ihren Einfluss auf ökonomische (Bertelsmann AG) und mediale Macht (Verlagsgruppe Gruner&Jahr, Random House, RTL-Gruppe). Sie nimmt durch ›Beratung‹, ›Kooperation‹ oder ›Unter-

wanderung von Ministerien· Einfluss auf formelle Politik und ist in die wesentlichen informellen internationalen und transatlantischen Machtzirkel eingebunden. Die Finanzierung der Stiftung beruht auf der Steuerbegünstigung der Bertelsmann AG. Ihre Agenda besteht vorgeblich in gemeinnützigem Engagement als ›Reformmotor‹, faktisch werden Geschäftsfelder der AG beackert und der ökonomistischen Modellierung aller Lebensbereiche Vorschub geleistet. Patriarch und Stifter Reinhard Mohn:

»Mit der Bertelsmann Stiftung ist mir in 25 Jahren der Nachweis gelungen, dass die Grundsätze unternehmerischer, leistungsorientierter und menschengerechter Gestaltung der Ordnungssysteme in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden können. Die Übertragung des in der Wirtschaft entwickelten Modells der Unternehmenskultur in andere Lebensbereiche ist möglich.« (http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/en/media/Der_Unternehmer_als_Vorbild.pdf)

Über die Hintergrundagenda kann man nur spekulieren, aber insbesondere die internationale Kritik an Bertelsmann, etwa von Pierre Hillard, legt nahe, dass es auch um Geopolitik und Geostrategie, sprich Militarisierung und Globalisierung geht: Was nichts anderes bedeutet als eine Konzentration von Geld und Macht in den Händen weniger Familien – Elend, Krieg, Ausbeutung, Hunger und Verlust kultureller Identität für die meisten Menschen auf diesem Planeten.

Auch wenn diese – durchaus plausiblen – Vermutungen schwer zu belegen sind, bleibt doch zumindest die offenkundige Wirkung einer Zersetzung elementarer Bindungen und sinnhafter Lebensquellen durch die ökonomistisch-sozialtechnologischen Modelle in allen wesentlichen Sozialfeldern: Familie, Kindergarten, Schule, Universität, Berufsleben, Kultur, Politik und Kirchen. Durch den entfesselten Reform-Polemos scheint allen gewachsenen Gemeinschaften und Lebensmodellen – schon als Bestehenden – die Legitimation entzogen. Die Substitution von Sinn durch Funktion, von Gemeinschaft durch Regeln, von Freiheit durch Selbststeuerung, von Beziehung durch Leistung und Gegenleistung usf. wird in den kommenden Jahren die kulturellen, sozialen und politischen Verhältnisse prägen. Noch zehrt das neue Regime parasitär von Fülle und Wärme der verachteten alten Zeit. Doch: ›Die Wüste wächst: weh dem, der Wüsten birgt!‹ (Nietzsche 1999, S. 387)

Literatur

- Arendt, Hannah (1992): Vita activa oder Vom tätigen Leben. 7. Auflage. München.
- Böckelmann, Frank (2007): Das Netzwerk, die Kennziffern und das Nichts. In: Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Hrsg. von Jens Wernicke und Torsten Bultmann. Marburg, S. 31-44.
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/Main.
- Burchardt, Matthias (2010): Teilhabe. In: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik. 1/2010. Paderborn, S. 107-108.
- Gohl, Christopher (2010): Organisierte Dialoge als Strategie. (Zukunft Regieren. Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik 9/2010). Gütersloh.

- Hillard, Pierre (2009): Bertelsmann – Un empire des médias et une fondation au service du mondialisme. Paris.
- Nietzsche, Friedrich (1999): Dionysos Dithyramben. In: Kritische Studienausgabe. Bd. 6. Hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. Berlin.
- Rüb, Friedbert W./Alnor, Karen/Spohr, Florian (2009): Die Kunst des Reformierens. Konzeptionelle Überlegungen zu einer erfolgreichen Regierungsstrategie. (Zukunft Regieren. Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik. 3/2009.) Gütersloh.
- Schorlau, Wolfgang (2010): Stuttgart 21. Die Argumente. Köln.
- Wernicke, Jens/Bultmann, Torsten (Hrsg.) (2007): Netzwerk der Macht – Bertelsmann. (Forum Wissenschaft Studien. Band 54). 2. Auflage. Marburg.
- Schuler, Thomas (2010): Bertelsmannrepublik Deutschland. Eine Stiftung macht Politik. Frankfurt/Main, New York.

Internetquellen

- http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32258_32259_2.pdf (Datum des letzten Abrufs: 04. Juni 2012)
- http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/en/media/Der_Unternehmer_als_Vorbild.pdf (Datum des letzten Abrufs: 04. Juni 2012)
- http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-BBCC76D8-5C68E2A4/bst/xcms_bst_dms_34483_34484_2.pdf (Datum des letzten Abrufs: 30. Mai 2012)
- <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-C89062D3-C87BB221/bst/hs.xsl/2083.htm> (Datum des letzten Abrufs: 30. Mai 2012)
- <http://bildung-wissen.eu/kommentare/der-angriff-der-neoliberalen-auf-die-kulturforderung-der-offentlichen-hand.html> (Datum des letzten Abrufs: 25. Juni 2012)
- <http://www.cap-lmu.de/projekte/fgd/regieren.php> (Datum des letzten Abrufs: 30. Mai 2012)
- <http://www.demokratie-kongress21.de/> (Datum des letzten Abrufs: 04. Juni 2012)
- <http://de.sgi-network.org/> (Datum des letzten Abrufs: 01. Juni 2012)
- http://www.ekd.de/presse/pm238_2009_rv_zum_tod_mohn.html (Datum des letzten Abrufs: 30. Mai 2012)
- <http://www.ptext.de/nachrichten/joachim-gauck-antikapitalismusdebatte-unsaeglich-albern-255813> (Datum des letzten Abrufs: 04. Juni 2012)
- http://www.randomhouse.de/content/edition/excerpts/021_00367_964.pdf (Datum des letzten Abrufs: 05. Juni 2012)